

ALLGEMEINES

Denkmal für die Opfer der „Euthanasie“. Am 2. September dieses Jahres wurde ein Erinnerungsort für die Opfer der von den Nationalsozialisten sogenannten Euthanasie eingeweiht. Zirka 300 000 Bewohnerinnen und Bewohner von Heil- und Pflegeanstalten mit einer körperlichen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigung oder Menschen, die aufgrund einer Suchtkrankheit, einer Suizidgefährdung oder anderer Problemlagen als „asozial“ galten, waren in der Zeit zwischen 1933 und 1945 systematisch ermordet worden. Das mit biographischen Anmerkungen versehene Mahnmal befindet sich in der Tiergartenstraße 4 in Berlin, wo die Verbrechen verwaltet wurden. Es besteht aus einer etwa 30 Meter langen, hellblau getönten gläsernen Wand als Sinnbild für die getöteten Menschen, die in der Erinnerung weiterleben. Bei der Eröffnung wurde davor gewarnt, in den aktuellen Diskursen zum Thema der „Sterbehilfe“ über das Tötungsverbot hinwegzusehen. *Quelle: Berliner Behinderten Zeitung 10.2014*

Rudolf-Freudenberg-Preis 2015. Integrationsfirmen mit fortschrittlichen Ideen zur Teilhabe psychisch kranker Menschen können sich um den von der Freudenberg-Stiftung und der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e.V. ausgeschriebenen Rudolf-Freudenberg-Preis bewerben. Prämiert werden neue Produkte, Dienstleistungen und Marketingstrategien sowie innovative Formen der Kapitalgewinnung und der Kooperation, die anderen Unternehmen als Vorbild dienen können. Die Bewerbungsfrist endet am 28. Februar 2015. Näheres steht auf der Internetseite www.bag-if.de in der Rubrik Archiv. *Quelle: ZB Behinderung und Beruf 3.2014*

Engagement braucht Leadership. Stärkung von Vereinen und ihren Vorständen als Zukunftsaufgabe. Von Thomas Röbke. Hrsg. Robert Bosch Stiftung. Selbstverlag. Stuttgart 2014, 176 S., kostenlos *DZI-E-0944* Um dem nachlassenden Interesse an ehrenamtlichen Vorstandstätigkeiten in Vereinen zu begegnen, führte die Robert Bosch Stiftung in den Jahren 2011 bis 2013 in Kooperation mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern die hier beschriebene Modellphase des Programms „Engagement braucht Leadership“ durch. In deren Rahmen wurden drei Freiwilligenagenturen in Bremen, Halle und Mülheim an der Ruhr gefördert, um sie als Kooperationspartner für Vereine zu gewinnen. Ausgehend von einem Blick auf die Geschichte der Vereine erfasst diese Publikation den Beginn und die schrittweise Umsetzung des Modellprogramms mit dem Ziel, Wege aufzuzeigen, wie die Vereins- und Vorstandsarbeit zukunftsfähig gemacht werden können. Wünschenswert sei beispielsweise die Schaffung kommunaler Anlaufstellen zur Vernetzung des Vereinslebens und zu dessen Begleitung durch Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching. Bestellan-

schrift: Robert Bosch Stiftung GmbH, Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11/460 84-0, Internet: www.bosch-stiftung.de

50 Jahre Aktion Mensch. Als größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland feierte die Aktion Mensch am 7. Oktober dieses Jahres ihr 50-jähriges Bestehen. Der Vorstand kündigte an, das Thema der Inklusion werde die Aktivitäten auch in Zukunft weiter bestimmen. Man wolle auch kleinere Initiativen ermutigen, sich dahingehend zu engagieren. Mit den Einnahmen aus einer Soziallotterie unterstützt die bis zum Jahr 2000 als „Aktion Sorgenkind“ bekannte Stiftung jeden Monat bis zu 1 000 Maßnahmen. Seit ihrer Gründung kamen mehr als 3,5 Mrd. Euro für Menschen mit einer Behinderung oder einer sozialen Benachteiligung zusammen. *Quelle: Presseinformation der Aktion Mensch vom 7.10.2014*

Medienkampagne gegen das Sozialwesen in der Schweiz. Mit einer Themenserie unter der Bezeichnung „Sozial-Irrsinn“ hat die Boulevardzeitung „Blick“ einen medialen Sturm der Entrüstung über das Sozialwesen in der Schweiz ausgelöst. Dabei richteten sich die Angriffe nicht nur auf Personengruppen wie Menschen mit einem Migrationshintergrund oder einem Handicap, sondern auch gegen den Sozialstaat als Ganzes. Vor allem Sozialarbeitenden wird eine Verschwendung von Steuergeldern vorgeworfen. Der Verein sozialinfo.ch eröffnete auf der Internetseite medienblog.sozialinfo.ch eine Zusammenstellung der wichtigsten Reaktionen aus der Fachwelt. *Quelle: Newsletter sozialinfo.ch vom 9.10.2014*

SOZIALES

Betreuungsvereine fordern höhere Vergütung. In einer bundesweiten Kampagne fordern die Betreuungsvereine eine Gesetzesänderung zur Anhebung der Stundensätze auf 52 Euro. Häufig wird Menschen, die ihre Angelegenheiten aus Gesundheitsgründen, aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung nicht selbst regeln können, auch von ehrenamtlichen Kräften Beistand geleistet. Müssten die Betreuungsvereine schließen, wäre dies nicht mehr möglich, so dass Mehrkosten von zirka 1,5 Mrd. Euro für freiberufliche Betreuerinnen und Betreuer entstehen würden. Angesichts der Unterfinanzierung befänden sich fast 80 % der Betreuungsvereine in den roten Zahlen. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom 2.10.2014*

Beschäftigung sichert Beiträge – Die Bedeutung der Beschäftigung älterer Menschen im Erwerbsalter. Dokumentation der GVG-Mitgliederversammlung 2012. Hrsg. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) e.V. Selbstverlag. Köln 2013, 77 S., kostenlos *DZI-E-0909* Angesichts des durch den demographischen Wandel

zurückgehenden Arbeitskräftepotenzials stellt sich langfristig die Frage, auf welche Weise durch Beschäftigung Versicherungsbeiträge und damit soziale Sicherheit gewonnen werden können – ein Problem, das anlässlich der in dieser Broschüre dokumentierten Mitgliederversammlung der GVG im November 2012 in den Blickpunkt des Interesses gerückt wurde. Im Einzelnen ging es um die Beschäftigungsdauer, um Zusammenhänge zwischen Alter, Arbeit und Gesundheit und um den Stellenwert des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Die unterschiedlichen Ansätze und Argumentationen wurden in einer ebenfalls hier festgehaltenen Abschlussdiskussion kontrovers erörtert. Bestellanschrift: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) e.V., Hansaring 43, 50670 Köln, Tel.: 02 21/91 28 67-0, Internet: www.gvg.org

Wohngemeinschaften für ältere Menschen in Rheinland-Pfalz. Nach der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen am 13. Oktober dieses Jahres nahm die neue Koordinierungsstelle WohnPunkt RLP in den rheinland-pfälzischen Kommunen Rengsdorf, Merkelbach, Minfeld, Großsteinhausen und einigen kleineren Ortsgemeinden ihre Arbeit auf. Im Rahmen des von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) durchgeführten Projekts werden ausgewählte Standorte beim Aufbau von betreuten Wohngruppen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen unterstützt, um auf diese Weise Alternativen zur häuslichen und zur stationären Pflege herzustellen. Bis Ende des Jahres 2015 sollen bis zu 15 Initiativen durch Zusammenschlüsse aus lokalen Verantwortlichen und WohnPunkt-Ansprechpersonen begleitet werden. *Quelle: Pressemitteilung des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 6. 10. 2014*

Sozialpolitik. Leitfaden Soziales Europa. Teil 5. Hrsg. Europäische Kommission. Selbstverlag. Luxemburg 2014, 78 S., kostenlos *DZI-E-0914* Der halbjährlich erscheinende Leitfaden Soziales Europa informiert über aktuelle Entwicklungen der EU-Politik im Bereich Beschäftigung, Soziales und Integration. In diesem fünften Band geht es um neue Herausforderungen und entsprechende Initiativen der Europäischen Union, wobei vor allem das im Februar 2013 verabschiedete Sozialinvestitionspaket beschrieben wird, das den Mitgliedstaaten eine Orientierung bezüglich der Frage bietet, wie sie dazu beitragen können, das in der Strategie Europa 2020 verankerte Ziel der Armutsbekämpfung zu erreichen. Darüber hinaus bietet die mit einem Glossar versehene Publikation einen Überblick über die Instrumente der EU zur Durchführung der geplanten Reformen. Berücksichtigung finden hierbei vor allem der Europäische Sozialfonds, das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation und der europäische Hilfsfonds für Menschen, die elementare Güter wie Lebensmittel

oder Kleidung benötigen. Kommentare politischer Fachkräfte belegen die Diskussion. Bestellanschrift: <http://bookshop.europa.eu>

Forderung zum Ausbau der sozialen Selbstverwaltung. Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di hat an die Koalitionsfraktionen im Bundestag appelliert, die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen beziehungsweise die Mitverantwortung der gewählten Vertretenden von Versicherten und Arbeitgebenden zu stärken. Obwohl dies im Koalitionsvertrag festgelegt worden sei, gehe es in den gegenwärtigen Gesprächen lediglich um eine Modernisierung der Sozialwahlen. Von größerer Bedeutung jedoch sei die Frage nach der Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Selbstverwaltung. Insbesondere bedürfe es ausreichender zeitlicher und personeller Ressourcen und einer klugen Verzahnung der relevanten Akteure. Kritisiert wurde auch die Unterrepräsentierung von Frauen in den Verwaltungsräten und Vertreterversammlungen. *Quelle: ver.di-Medieninformation vom 24. 10. 2014*

GESUNDHEIT

Bundesärztekammer kritisiert Fallpauschalen. Im Gesundheitsausschuss des Bundestages äußerte die Bundesärztekammer Mitte Oktober Verbesserungsvorschläge für das im Jahr 2003 eingeführte, von der Verweildauer unabhängige Fallpauschalensystem, bei dem die Kliniken anstelle der vorhergehenden Tagessätze einen diagnosebezogenen Festbetrag erhalten. Da die anfallenden Kosten auf diese Weise häufig nicht mehr abgedeckt werden könnten, rate man zu einem Mischsystem, um eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten. Auch das für die Psychiatrie bisher auf freiwilliger Basis bestehende „Pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik“ bot in letzter Zeit Anlass zu Diskussionen, da dieses ebenso dem Prinzip der Fallpauschalen folge. Vonseiten der Ärzteschaft werde schon seit Längerem eine Tendenz zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens beobachtet, die zulasten der Patientinnen und Patienten gehe. *Quelle: Das Parlament vom 20. 10. 2014*

Beginn der Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“. Mit dem Ziel, die Lebensqualität von Menschen mit einer Demenzerkrankung und deren Angehörigen zu verbessern, hat die Bundesregierung eine „Allianz für Menschen mit Demenz“ gegründet. Mit ihr sollen öffentliche Stellen, Initiativen der Selbsthilfe und zivilgesellschaftliche Organisationen vernetzt werden, um ein Älterwerden in Würde und eine qualitativ hochwertige Pflege zu ermöglichen. Vorausgegangen war eine Expertise des Bundesfamilienministeriums und des Saarbrücker iso-Instituts zu bisherigen Erfahrungen im internationalen Vergleich, auf deren Grundlage Empfehlungen für den Umgang mit Demenz in Deutschland ent-

standen. Ein erster Bericht zur Umsetzung der in diesem Kontext entwickelten Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“ ist für das Frühjahr 2016 geplant. Im Internet finden sich unter www.allianz-fuer-demenz.de weitere Erläuterungen. *Quelle: Städtetag aktuell 8.2014*

App zu Vergiftungsunfällen bei Kindern. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat im vergangenen Jahr ein mobiles Softwareangebot zum Thema „Vergiftungsunfälle bei Kindern“ auf den Weg gebracht. Dieses klärt über Gefahren im Zusammenhang mit Chemikalien, Medikamenten, Pflanzen und Pilzen auf und enthält Tipps, wie sich Unfälle vermeiden lassen. Darüber hinaus werden mögliche Vergiftungssymptome und Maßnahmen der Ersten Hilfe beschrieben. Im Notfall kann direkt aus der App eine Telefonverbindung zu einem Giftinformationszentrum hergestellt werden. Nach der Installation der Anwendung auf dem Handy stehen deren Dienste auch ohne Internetverbindung zur Nutzung bereit. Für die Betriebssysteme Android und iOS ist ein kostenloser Download möglich. Die App wurde mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation 2014 in der Kategorie „Mobile und Apps“ ausgezeichnet. *Quelle: InForm B-A-D-Magazin 4.2014*

IT-Innovationspreis für Bildungseinrichtungen im Gesundheitswesen. Der Deutsche Pflegerat und die Easysoft GmbH vergeben zum zweiten Mal den Preis für innovative IT-Projekte in Bildungseinrichtungen im Gesundheitswesen. Bewerben können sich Institutionen mit zukunftsorientierten informationstechnologischen Konzepten wie beispielsweise in Bezug auf das Bildungsmanagement, das Bildungscontrolling und die Nutzung von Geräten wie Tablet-PCs oder Smart-Phones. Auch neue Ansätze im Hinblick auf Lernplattformen, virtuelle Klassenzimmer und das Cloud-Computing sind willkommen. Die Preisverleihung findet im Rahmen des Deutschen Pflegetages im März 2015 in Berlin statt. *Quelle: das Krankenhaus 10.2014*

JUGEND UND FAMILIE

Schulabbruchquote in Deutschland. Nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes lag die Schulabbruchquote in Deutschland im Jahr 2012 mit 10,4 % nur knapp oberhalb des von der Europäischen Union (EU) definierten Zielwertes. Im selben Jahr betrug die Abbruchquote im EU-Durchschnitt auf 13,5 %. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der sogenannten frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger in der EU auf unter 10 % gesenkt werden. *Quelle: Stimme der Familie 4.2014*

Betroffenenrat zum Thema sexueller Missbrauch. Um Betroffenen von sexuellem Kindesmissbrauch eine Partizipation an der Arbeit des Missbrauchsbeauftragten zu ermöglichen, soll ein Betroffenenrat auf Bundesebene eingerichtet werden. Vorgesehen ist eine Mitwirkung von

14.1.2015 Berlin. Difu-Dialog zur Zukunft der Städte: Gentrifizierung – „Phänomen“, Messbarkeit und Handlungsoptionen. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Frau Cornelia Schmidt, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-208, E-Mail: adam@difu.de

30.1.2015 Frankfurt am Main. Tagung: Organisationsdynamik in Supervisionsprozessen. Information: Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V., Neusser Straße 3, 5067 Köln, Tel.: 02 21/92 00 40, E-Mail: info@dgsv.de

30.-31.1.2015 Hildesheim. Tagung des Arbeitskreises Historische Familienforschung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Migration und Familie. Information: Dr. Petra Götte, Lehrstuhl für Pädagogik, Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg, Tel.: 08 21/598 56 88, E-Mail: petra.goette@phil.uni-augsburg.de

26.-28.2.2015 Halle. 18. Symposium Frühförderung 2015: Frühförderung mittendrin – in Familie und Gesellschaft. Information: Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e.V., Frau Marion Horst, Seidlstraße 18a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-27, E-Mail: symposium@fruehfoerderung-viff.de

2.-5.3.2015 Stuttgart. 13. Fachtagung Supervision in kirchlichen Feldern: Supervision will lernen. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Im Schellenkönig 61, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11/16 40-701, E-Mail: schnarr@akademie-rs.de

5.-6.3.2015 Wien. Zweite wissenschaftliche Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit: Macht – Organisation – Partizipation. Information: Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa), Favoritenstraße 226, A-1100 Wien, E-Mail: office@ogsa.at

6.3.2015 Esslingen. 10. Württembergischer Betreuungsgerichtstag. Information: Betreuungsgerichtstag e.V., Kurt-Schumacher-Platz 9, 44787 Bochum, Tel.: 02 34/ 640 65 72, E-Mail: bgt-ev@bgt-ev.de

11.-13.3.2015 Berlin. XI Jahrestagung Illegalität. Irreguläre Migration im Recht. Information: Katholische Akademie Berlin e.V., Hannoversche Straße 5, 10115 Berlin, Tel.: 030/28 30 95-0, E-Mail: information@katholische-akademie-berlin.de

15 Personen, deren Auswahl durch ein vierköpfiges, vom Bundestag benanntes Gremium in Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs erfolgt. Die gewählten Mitglieder sollen sich für die Belange von Menschen mit Missbrauchserfahrung und für das gesamte Themenfeld des sexuellen Kindesmissbrauchs ehrenamtlich engagieren.

Quelle: Pressemitteilung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 20.10.2014

Kinderschutz: Kontrolle oder Hilfe zur Veränderung?

Ein systematischer Ansatz. Von Marie-Luise Conen. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2014, 64 S., EUR 7,50 *DZI-E-0958*

Vor dem Hintergrund zahlreicher Fälle von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung verstärkte sich in den letzten Jahren die Forderung nach wirksameren Anstrengungen der Prävention und Intervention. In diesem Beitrag zur Fachdebatte wird dargelegt, welche Überlegungen und Positionierungen notwendig sind, um die Qualität der Maßnahmen zu stärken. Die Autorin interpretiert mögliche Formen des familialen Problemverhaltens als Lösungsverhalten und beleuchtet die Bedeutung der Lebensgeschichte der tätlichen Eltern. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Beratung, der Kontrolle, der Kulturveränderung und der Einflussnahme auf die Politik. Verantwortlichen Fachkräften eröffnet der Ratgeber konkrete Vorschläge zur Verbesserung ihrer Kinderschutzarbeit. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Neuer Ansatz der Hilfe für Familien. Mit der Intention, ein vom DfV-Landesverband Bayern und der Bayreuther Tafel e.V. konzipiertes Hilfefkonzept für Familien in prekären Lebenslagen zu erproben, wurde von März 2009 bis Dezember 2011 das Modellprojekt „Familientafel Bayreuth“ realisiert. Dessen Zielgruppe bestand aus Familien und Alleinerziehenden, die Kunden einer Tafel-Einrichtung waren. Das Angebot umfasste Anregungen zur Gesundheitsvorsorge, Leistungen wie Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe, alltagspraktische Unterstützung und die Vermittlung von Beratung in Fragen der Schwangerschaft und Erziehung. Die während der Laufzeit entstandene Handreichung steht Trägern, die selbst eine Familientafel aufbauen möchten, im Internet unter www.familientafel-info.de zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Familienministeriums vom 23.10.2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Richtlinienpapier zur IT-Compliance in der Sozialwirtschaft. Der Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (FINSOZ) e.V. hat für die Sozialwirtschaft einen Leitfadens zur IT-Com-

pliance veröffentlicht, der die Einhaltung der rechtlichen Regelungen im Bereich der Informationstechnologie erleichtern soll. Die im Internet unter www.finsoz.de einsehbare Broschüre beinhaltet Ausführungen zur Zuständigkeit, zur Umsetzung der IT-Compliance, zur Datenschutzgesetzgebung und zu organisatorischen Fragen. Die zugehörigen Checklisten sind in der FINSOZ-Geschäftsstelle in der Mandelstraße 16 in Berlin für 50 Euro erhältlich. Verbandsmitglieder erhalten diese kostenlos. *Quelle: Mitteilung des Fachverbandes FINSOZ vom 24.9.2014*

Schnittstelle Heilpädagogik. Professionalität@Inklusion. Hrsg. BHP Verlag – Berufs- und Fachverbands GmbH. Selbstverlag. Berlin 2014, 182 S., EUR 15,– *DZI-E-0957*

Zur heilpädagogischen Praxis fand im November 2013 eine Fachtagung in Berlin statt, deren Beiträge hier zusammengestellt sind. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem inklusionsorientierten professionellen Handeln, wobei Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet wird, die nur im gemeinsamen Dialog mit Nachbardisziplinen und anderen Berufsgruppen verwirklicht werden kann. Die Beiträge widmen sich der Schnittstelle von Pädagogik und Therapie, der Selbstsorge der Fachkräfte und dem Projekt „Inklusion vor Ort“ der Bonner Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Im Übrigen geht es um die Verknüpfung von Elementarpädagogik und Heilpädagogik, um Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen im Sozialverhalten, um Menschen mit einer Demenz und um einen autistischen Jungen bei der Bar Mizwa, mit der im Judentum das Erreichen der Religionsmündigkeit gefeiert wird. Ein Lesungsgespräch mit der Autorin Louise Jacobs und ein Interview mit dem Paralympics-Gewinner Josef Giesen vermitteln authentische Einblicke in das Leben mit einem Handicap. Bestellanschrift: BHP Verlag – Berufs- und Fachverbands GmbH, Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Internet: www.bhpverlag.de

50 Jahre Redaktionsbeirat Soziale Arbeit. Seit 1964 gehört der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Manfred Omankowsky, dem Redaktionsbeirat (früher: Fachbeirat) dieser Zeitschrift an. Zunächst in Vertretung des damaligen Sozialsenators Kurt Exner und seit den 1970er-Jahren für die Stiftung des früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin steht der studierte Politologe der Redaktion der Sozialen Arbeit mit seinem umfassenden Wissen und seiner Erfahrung in vielen Bereichen der praktischen Sozialen Arbeit für Familien zur Seite. Wir danken Manfred Omankowsky für seinen Einsatz und wünschen ihm und uns noch viele Jahre der fruchtbaren Zusammenarbeit.